



China – Report

Juni 2020

1) Angela Merkel und Li Keqiang halten Videokonferenz ab

Bei einer Video-Konferenz am 11. Juni hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel für mehr Gleichbehandlung und besseren Marktzugang für deutsche und ausländische Unternehmen in China eingesetzt, so Regierungssprecher Steffen Seibert. Auch das angestrebte Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und China stand im Mittelpunkt der Gespräche.

Die Zusammenarbeit zur Bewältigung der Pandemie, der deutsch-chinesische Menschenrechtsdialog, die Lage in Hongkong sowie Investitions- und Handelsfragen in verschiedenen Wirtschaftssektoren einschließlich des Bereichs der öffentlichen Aufträge sowie aktuelle Themen der Weltwirtschaft wurden behandelt. Die Bundeskanzlerin und der chinesische Ministerpräsident würdigten den Abschluss dreier Vereinbarungen zwischen deutschen und chinesischen Partnern, die vor Beginn der Videokonferenz unterzeichnet worden waren.

Bundeskanzlerin Merkel unterstrich Deutschlands Interesse an regelbasiertem und freiem multilateralem Handel, an einer Stärkung der Welthandelsorganisation sowie an stabilen bilateralen Austauschbeziehungen.

Erst vergangene Woche hatte die Bundesregierung nach einem Telefonat Merkels mit Staats- und Parteichef Xi Jinping den geplanten EU-China-Gipfel am 14. September in Leipzig abgesagt. Offiziell gab man der Pandemie die Schuld für diesen Schritt. Gleichzeitig jedoch berichtete die Nachrichtenagentur Reuters aus Regierungskreisen, dass man auf europäischer Seite auch unzufrieden mit dem Fortschritt bei den Verhandlungen zum geplanten Investitionsschutzabkommen ist, an dem seit 2014 gearbeitet wird.

In China ist insbesondere der Zugang zu öffentlichen Aufträgen für ausländische Unternehmen noch immer stark eingeschränkt, Während die EU eine weitreichende Marktöffnung fordert, verzerren subventionierte chinesische Staatsbetriebe den Wettbewerb in vielen Bereichen weiter. Laut der Europäischen Handelskammer in China entgehen europäischen Unternehmen dadurch pro Jahr 30 Milliarden Euro. Merkel betonte in diesem Zusammenhang ihre Hoffnung auf rasche Fortschritte in den Verhandlungen, so dass ein EU-China-Gipfel doch noch innerhalb der bis Ende dieses Jahres laufenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft möglich wäre.

Merkel und Li hätten auch den deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialog und die Lage in Hongkong erörtert, berichtete Regierungssprecher Seibert weiter. Angesichts der Spannungen in der Sonderverwaltungszone Hongkong hatte die Bundesregierung in den vergangenen Wochen wiederholt an Peking appelliert, weiterhin Rechte und Freiheiten für die Bürger dort zu gewährleisten. Menschenrechtspolitiker hatten gefordert, dass Chinas umstrittene Pläne für ein Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong verurteilt werden müssten.

2) Chinas Service-Sektor erholt sich

[Chinas Service-Sektor erholt sich mit großen Schritten](#), schreibt die South China Morning Post. Der Caixin Purchasing Manager's Index (PMI) für Chinas Service-Sektor, bei dem ein Wert von über 50 ein Wachstum und



China – Report

Juni 2020

ein Wert von unter 50 eine Kontraktion bedeutet, lag im Mai bei 55,0 und hat sich damit stark gegenüber dem Wert von 44,4 im April verbessert. Letztmalig wurde ein solcher Wert im Jahr 2010 erreicht.

Der Service-Sektor, der für einen Großteil der Wirtschaftsleistung und des Zuwachses an Arbeitsplätzen in China verantwortlich ist, schrumpfte während der pandemiebedingten Einschränkungen in den letzten Monaten massiv. Während die produzierende Industrie, die in China ebenfalls stark von den pandemiebedingten Einschränkungen getroffen wurde, aufgrund der mangelnden globalen Nachfrage teils noch immer nicht zu den vollen Produktionsleistungen zurückkehren konnte, ist der Service-Sektor inzwischen zu großen Teilen wieder hochgefahren und entwickelt sich stark.

Der industrieübergreifende Caixin PMI, der die produzierende Industrie einschließt, lag für Mai mit 50,8 deutlich unterhalb des Service-Sektor PMI. Nichtsdestotrotz sind die von der South China Morning Post interviewten Experten zuversichtlich, dass die Wirtschaftserholung weiter voranschreiten werde. Die von der Regierung geplanten Steuererleichterungen und Stimuli für den Arbeitsmarkt seien dabei hilfreich.

3) USA will IPOs von chinesischen Unternehmen an US-Börsen beschränken

Obwohl der chinesische Kaffeehauskettenbetreiber Luckin das Glück im Namen trägt, hat er nun schon zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen Pech. Erst wurde bekannt, dass rund die Hälfte seiner Verkaufstransaktionen gefälscht waren. Nun droht die US-Technologiebörse Nasdaq dem Unternehmen auch noch mit dem Delisting.

Die Aktie, die im Januar einen Rekord von über 51 Dollar erreicht hatte, fiel in diesem Jahr um mehr als 90 Prozent und die Nasdaq will nach der Blamage mit Luckin die Regeln für Börsengänge verschärfen. Bei der US-Börsenaufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission reichte sie im Mai einen Antrag ein, wonach Unternehmen künftig mindestens 25 Millionen Dollar bei einem Börsengang einsammeln müssen, oder einen Betrag, der dem Viertel des Wertes des gelisteten Unternehmens entspricht.

Diese Regeln gälten für mehrere Länder, darunter China, betont eine Sprecherin der Nasdaq. Die Nasdaq will auch sicherstellen, dass sich die Firmen an internationale Rechnungslegungs- und Bilanzprüfungsstandards halten.

US-Präsident Donald Trump macht derweil keinen Hehl daraus, gegen wen sich die Maßnahme richtet. In einem Memo des Weißen Hauses von Anfang Juni sagte Trump, die chinesische Regierung habe die Prüfung chinesischer Unternehmen durch das US Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB) verhindert. Gerade diese aber soll die Interessen der Anleger schützen und wahrt das öffentliche Interesse an der Erstellung von informativen, genauen und unabhängigen Prüfungsberichten für Unternehmen, deren Wertpapiere an Börsen gehandelt werden. Die PCAOB ist eine Non-Profit-Organisation, die durch den Sarbanes-Oxley Act (SOA) von 2002 gegründet wurde. Dieses Bundesgesetz gilt für alle Firmen, deren Aktien an US-Börsen oder außerbörslich in den USA gehandelt oder angeboten werden. Der SOA entstand nach den Finanz- und Betrugsskandalen während der Dotcom-Blase. Börsennotierte US-Unternehmen müssen seitdem US-Beamten Einsicht in ihre Bücher und Konten geben.



China – Report

Juni 2020

China argumentiert unterdessen, dass die Verordnung gegen seine Gesetze zum Schutz von Staatsgeheimnissen verstoße, sodass chinesische Unternehmen keine Einsicht in ihre Bücher erlauben dürften. Während die Börsenaufsicht SEC wie ein zahloser Tiger in dieser Auseinandersetzung wirkt, hat Trump seine Arbeitsgruppe für Finanzmärkte angewiesen, binnen 60 Tagen Strategien für ein Vorgehen gegen in den USA gelistete chinesische Unternehmen zu entwickeln.

Dabei soll vor allem der Börsengang chinesischer Unternehmen eingedämmt werden, die sich nicht an die US-amerikanischen Rechnungslegungsstandards halten würden. Schon länger sind die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt angespannt. So hat der Senat erst Ende Mai ein Gesetz verabschiedet, das vorsieht, chinesische Unternehmen zu delisten, wenn dessen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft drei Jahre nicht mehr von amerikanischen Aufsichtsbehörden überprüft wurde.

„Es ist dumm, dass wir chinesischen Unternehmen die Möglichkeit geben, fleißige Amerikaner auszubeuten – Menschen, die für ihre Alters- und College-Vorsorge an unseren Börsen investieren – weil wir nicht darauf bestehen, ihre Bücher zu prüfen“, sagte der republikanische Senator John Kennedy. Viele in der Regierung wollen chinesische Börsengänge in den USA sogar vollständig stoppen.

Im Herbst hatte die Nasdaq die Zulassungsbedingungen schon einmal zulasten chinesischer Firmen verschärft. Damals ging es darum, Börsengänge von kleinen chinesischen Unternehmen zu beschränken, deren Aktien kaum gehandelt werden. Die geringe Liquidität macht deren Papiere für große institutionelle Investoren unattraktiv.

Für kleinere chinesische Firmen sind Börsengänge in den USA attraktiv, weil sie damit die Kapitalkontrollen in China umgehen können und gleichzeitig an US-Dollar gelangen. Eine Notierung an einer US-Börse erleichtert ihnen gleichzeitig den Zugang zu Krediten im eigenen Land, an die sie sonst nicht kämen.

Jesse Fried, Rechtswissenschaftler an der Harvard Law School, erwägt in einem „Financial Times“-Beitrag, dass ein Handelsverbot von chinesischen Unternehmen an US-Börsen am Ende China in die Hände spielt. Seit Langem will Peking seine großen Technologieunternehmen wie Alibaba und Baidu lieber an chinesischen Börsen in Shanghai oder Shenzhen gehandelt sehen als im Ausland. Die Hongkonger Börse hatte zuletzt Regeln zum Mitspracherecht der Investoren gelockert, um attraktiver im Wettbewerb mit anderen Börsenplätzen zu werden. Der Internetkonzern Alibaba entschied sich daraufhin für ein Zweitlisting in Hongkong.

4) Sharing Economy in China leidet unter den Folgen der Corona-Krise

Die Sharing Economy schien der große Trend der Konsumwirtschaft in China zu sein. Man sah Millionen von Fahrrädern zur gemeinsamen Nutzung im Straßenbild, Airbnb florierte, in Restaurants boten Firmen Telefonladekabel zur gemeinsamen Nutzung an und selbst Massagestühle wurden verliehen. Laut South China Morning Post betrug der Umsatz der Branchen der Sharing Economy in China in 2019 3,3 Mrd. Yuan und umfasste circa 800 Millionen Nutzer.



China – Report

Juni 2020

Nun [könnte die Sharing Economy in China allerdings einen Dämpfer durch Änderungen des Konsumentenverhaltens in der Post-Corona-Zeit bekommen](#), wie die South China Morning Post schreibt. So liegen immer mehr Leih-Fahrräder ungenutzt am Straßenrand. Massagestühle werden nicht mehr bestellt und auch die temporären Mietwohnungen sind nicht mehr gefragt. Während des coronabedingten Lockdowns waren Reisen und auswärtiger Konsum ohnehin oftmals unmöglich, doch auch nach den vielerorts durchgeführten Lockerungen scheinen Hygiene-Bedenken die Menschen vom Konsum geteilter Produkte abzuhalten.

Wie Professor Wang Jianming von der Zhejiang Universität im Gespräch mit der South China Morning Post erläutert, wird die Sharing Economy zwar oft über Online-Plattformen betrieben, basiert aber nach wie vor auf der Nutzung von Offline-Produkten. Sobald Social Distancing und Bedenken hinsichtlich der Hygiene die gemeinsame Nutzung dieser Produkte verhindern, bricht der ganze Markt zusammen. So verzeichnete das Unternehmen Didi einen Rückgang von 60 Prozent beim „Ride-Sharing“, dem gemeinsamen Nutzen von Taxifahrten durch sich ansonsten fremde Personen. Airbnb notierte einen Rückgang der Buchungen um 90 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Nach der Rückkehr des öffentlichen Lebens in China werden inzwischen auch wieder mehr Produkte der Sharing Economy gebucht. Hellobike zum Beispiel gibt an, dass im Zuge der Lockerungen auch seine Mietfahrräder wieder verstärkt genutzt werden. Gleichzeitig warnen manche Experten aber auch vor zu viel Optimismus bezüglich einer raschen Rückkehr auf das Vorkrisen-Niveau. Sie befürchten, dass die Corona-Krise das Konsumverhalten so nachhaltig beeinflusst hat, dass in einigen Bereichen auch langfristige Folgen für die Sharing Economy zu befürchten seien. Während Konsumenten früher Produkte der Sharing Economy gegenüber dem Besitz von Produkten bevorzugten, weil diese kostengünstiger waren, könnte der neue Fokus auf Hygiene hier neue Präferenzen schaffen. Noch scheint es zu früh für eine Abschätzung der langfristigen Folgen. Sicher aber ist, dass die nächsten Monate für etliche Anbieter in der Sharing Economy in China entscheidend sein werden.

5) Zwischenfall an der Grenze von China und Indien

Nachdem es an der Grenze zwischen China und Indien zu einem Zwischenfall mit mehreren Todesopfern gekommen ist, haben sich beide Länder auf einen teilweisen Truppenabzug aus dem Himalaya geeinigt.

Nach Aussagen der indischen Regierung sei es zu einer Auseinandersetzung zwischen [indischen und chinesischen Soldaten gekommen, bei der 20 indische aber auch chinesische Soldaten getötet wurden](#).

Die beiden Staaten machten sich gegenseitig für den Zwischenfall im westlichen Himalaya verantwortlich und warfen einander Provokation vor. Offenbar stürzten bei der Auseinandersetzung einige Soldaten in den eisigen Galwan-Fluss, angeblich erlagen 17 Inder ihren Verletzungen bei Temperaturen unter null Grad.

Der Grund für die neusten Spannungen könnte eine Straße in dem umstrittenen Grenzgebiet sein, die die indische Armee ausbaut. Aber auch die Chinesen haben ihre Bautätigkeit ausgeweitet. Das kritisiert Indien. Gleichzeitig rückt Indien näher an die USA als Verbündeter, was in Peking misstrauisch beobachtet wird.



China – Report

Juni 2020

1962 führten China und Indien einen kurzen Krieg um ihre Grenze im Himalaya, den China gewann. Seitdem kommt es immer wieder zu Zwischenfällen, doch bisher gab es keine Todesopfer und man konnte die Probleme im gemeinsamen Dialog lösen. So verbietet ein Abkommen auch den Gebrauch von Schusswaffen in der Region, weshalb die Soldaten bei den jüngsten Auseinandersetzungen mit Keulen, Stöcken und Fäusten aufeinander losgingen. Der genaue Grenzverlauf ist nach wie vor nicht geklärt. US-Präsident Donald Trump hatte kürzlich angeboten, in dem Konflikt zu vermitteln, was die Nachbarländer aber ablehnten.

Zu Verstimmungen kam es bereits vergangenes Jahr, als Indien das von Buddhisten bewohnte Ladakh von dem übrigen, mehrheitlich muslimischen, Jammu und Kaschmir abtrennte und zu einem eigenen Bundesgebiet erklärte. Peking warf der indischen Regierung daraufhin „Untergrabung“ seiner territorialen Integrität vor.

6) Aus Forschung und Zivilgesellschaft in China: Migration von Eltern junger Kinder aus Dörfern in die Städte verursacht ernährungsbedingte Defizite

Für unseren Newsletter beginnen wir an dieser Stelle eine kleine Serie, die wir „aus Forschung und Zivilgesellschaft in China“ nennen. In unregelmäßigen Abständen werden wir dabei über Trends der chinesischen Zivilgesellschaft und neueste Ergebnisse der Chinaforschung berichten, die in den westlichen Medien weniger beachtet werden aber wichtige Einblicke geben.

Den Auftakt macht in dieser Ausgabe ein Bericht [des Rural Education Action Programs \(REAP\)](#). REAP ist ein Forschungsprogramm der Stanford University, das zwar in den USA angesiedelt ist, aber in China Forschungsprojekte zu Bildung und Gesundheit von Schülern in ländlichen Regionen durchführt. Mit einer in China seltenen Mischung aus universitärer Bildungsforschung und praktischer Verbesserung des Lebens von Schulkindern testet REAP in Zusammenarbeit mit chinesischen Behörden die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Elternhaus, Gesundheit, Bildungsmethoden und schulischen Erfolge von Kindern. Die meisten Projekte messen dabei den Einfluss einfach umzusetzender Interventionen wie zum Beispiel das Angebot eines täglichen Schulfrühstücks auf die Erfolge von Schülern. Im Anschluss an die Studien werden jeweils Politikempfehlungen formuliert. REAP hat damit nach eigenen Angaben die Ernährungs- und Bildungssituation von über 20 Millionen Schülern in China verbessert, Sehschwächen von 200.000 Schülern diagnostiziert und tausende chinesische Studierende in modernen Bildungsmethoden trainiert.

Als eines der neusten Forschungsergebnisse hat REAP einen [Bericht zum Einfluss der Migration von Eltern auf sehr junge Kinder in China](#) veröffentlicht. In China ist die Arbeitsmigration von Eltern aus ländlichen Gebieten in die Städte ein weit verbreitetes Phänomen. Da die Eltern in den Städten meist intensive Arbeitstage haben und in Wohnheimen mit Mehrbettzimmern leben, lassen sie ihre Kinder oftmals in den Dörfern bei Verwandten wie den Großeltern zurück. Ein Viertel aller Kinder unter zwei Jahren in chinesischen Dörfern werden von ihren Eltern temporär über Monate oder Jahre hinweg bei Verwandten zurückgelassen.

Da die ersten Lebensmonate ganz besonders wichtig für die Entwicklungschancen von Kindern sind, haben die Forscher von REAP die Effekte der Abwesenheit von Eltern auf Kinder während der ersten 30 Monate nach der Geburt untersucht. Sie stellten dabei wenig überrascht fest, dass die Abwesenheit der Eltern die kognitive Entwicklung der Kinder negativ beeinflusst. Interessant ist allerdings, wodurch diese Einschränkungen



China – Report

Juni 2020

hervorgehoben werden: Die Autoren der Studie jedenfalls fanden als Ursachen ausschließlich Verschlechterungen der Ernährung bei diesen zurückgelassenen Kindern. Hinweise auf eine Verschlechterung der sozial-emotionalen Entwicklung, der psychomotorischen Fähigkeiten oder der Häufigkeit von Krankheiten gab es nicht.

Die Verschlechterung der Ernährungslage könnte laut den Autoren mit unterschiedlichen Ernährungsvorstellungen zwischen Eltern und Großeltern oder anderen Verwandten zusammenhängen: Großeltern in chinesischen Dörfern scheinen weniger Wert auf eine ausgewogene, gesunde und regelmäßige Ernährung zu legen als die Eltern oder aber weniger Geld zum Einkauf von Lebensmitteln zu haben. Aufgrund dieser Studie empfehlen die Autoren gezielte politische Interventionen. Die Migration der sogenannten Wanderarbeiter ist nicht aufzuhalten, da dies der Motor der chinesischen Wirtschaftsentwicklung ist. Ergänzend sollte der Staat allerdings für die Ernährung der Kinder in den Dörfern sorgen. Denkbar seien die Einführung eines Kindergeldes oder die Ausweitung und Verbesserung staatlicher Einrichtungen zur frühkindlichen Betreuung und Versorgung.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.